Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 24. Februar 2024

A1: Für eine parteiübergreifende Aufarbeitung der deutschen Russland-Politik jetzt!

ÄNDERUNGSANTRAG Ä1

*Antragsteller*in:* *Anton Ziese*

Antragstext

Von Zeile 8 bis 13 löschen:

Recht als die härtesten Kritiker*innen des Kreml-Regimes im deutschen Parteienspektrum. ~~Bündnis 90/Die Grünen, die zwischen 2005-2021 nicht an Bundesregierungen beteiligt waren, kann somit kaum für die aus heutiger Sicht klar naive und durch Wirtschaftsinteressen angetriebene Bundespolitik verantwortlich gemacht werden.~~ Dennoch gab es auch unter uns Grünen Haltungen, die die Bedrohung durch Russland - darunter militärisch, energiepolitisch und

Begründung

Erstens ist es verhandlungstaktisch nicht zielführend eine parteiübergreifende Aufarbeitung zu fordern und gleichzeitig uns selbst prophylaktisch von Schuld freizusprechen.
Zweitens sollten wir kritischer mit uns selbst sein: Während des zweiten Tschetschenienkrieges waren wir sehr wohl an der Regierung beteiligt. Vor dem 24. Februar 2022 haben sich die Grünen eindeutig für eine weitere Abrüstung ausgesprochen und die militärische Bedrohung durch Russland genauso wenig erkannt wie die restlichen Parteien im Bundestag (siehe z.B. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021).